# Windkraft-Eldorado wider Willen

## Das Labertal gilt im Landkreis als Potenzialfläche für Windkraft-Anlagen. Erste Investoren planen Parks. Doch weder Bürgermeister noch viele Bürger teilen die Goldgräberstimmung

Von Alexandra Beck

**Straubing-Bogen.** Bis 2027 muss Bayern 1,1 Prozent und bis 2032 1,8 Prozent seiner Flächen zur Nutzung für Windkraft bereitstellen. Das steht im Windenergieflächenbedarfsgesetz, das verbindliche Flächenziele für jedes Bundesland ausweist. Im Landkreis Straubing-Bogen gestaltet sich dieses Vorhaben nicht gerade einfach, denn die Topografie der Region erschwert den Ausbau der Windenergie. Windreiche Orte auf Felsen im Bayerischen Wald sind oft für Windkraft nicht erschließbar. Die für die Windkraft im Landkreis geeigneten Flächen liegen vor allem im südlichen Teil des Kreises, in den drei Labertal-Gemeinden Geiselhöring, Laberweinting und Mallersdorf-Pfaffenberg.

Diese zwei Aspekte waren bereits Thema im Herbst 2022. Damals beschlossen die Mitglieder des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands Donau-Wald, zu der die Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Straubing-Bogen sowie die kreisfreien Städte Passau und Straubing gehören, eine Teilfortschreibung des Regionalplans im Bereich Windkraft. Regonialbeauftragter ist Regierungsdirektor Jürgen Schmauß. Er ist dabei, im Auftrag des Planungsverbands einen Entwurf zu erarbeiten, wie und in welchen Gebieten eine sinnvolle Nutzung der Windkraft im Landkreis ausschauen könnte und die hier für die Windkraft geeigneten Flächen zu benennen. Dabei gilt es einiges zu beachten und verschiedene Aspekte wie Windhöffigkeit, also das durchschnittliche Windaufkommen an einem bestimmten Standort, Siedlungsabstände, Artenschutz, Landschaftsbild, Tourismus, Wasser, Rohstoffe, Infrastruktur und militärische Belange zu beurteilen und aufeinander abzustimmen.

**Windräder im Odenwald, aufgenommen aus einem Flugzeug**

Symbolfoto: Bernd Weißbrod/dpa

### *Windparks in drei Gemeinden geplant*

Die ersten Ergebnisse dieser Planung wurden auf der Webseite des Planungsverbands bereits veröffentlicht. Sie zeigen, dass verstärkt im Labertal Potenzialflächen für Windkraft liegen. Deswegen wurde das Labertal in der einen oder anderen Sitzung schon als „Windkraft-Eldorado“ bezeichnet. Dass dort nicht nur Wind, sondern mit dem Wind auch die Einspeisevergütung und künftige Gewinne zu holen sind, haben auch Energieunternehmen und Investoren entdeckt. „Planerische Vorüberlegungen, auf diesen Potenzialflächen in Windkraft zu investieren, laufen von diversen Firmen“, sagt Schmauß. Auch die drei Bürgermeister der Labertal-Gemeinden, Herbert Lichtinger aus Geiselhöring, Christian Dobmeier aus Mallersdorf-Pfaffenberg und Johann Grau aus Laberweinting berichten, dass diverse Firmen bereits mit konkreten Bauabsichten Voranfragen in den Gemeinden eingereicht haben.

Die erste war die Firma Primus, die regenerative Energieprojekte entwickelt und in der Gemeinde Laberweinting plant, sechs Windräder zu erstellen, im Waldgebiet zwischen Neuhofen und Hofkirchen, wo sich auch der Fernsehturm befindet. Der Unternehmerfamilie Hermann, unter anderem Inhaber der V-Märkte, gehört ein großes Waldgebiet in Geiselhöring und Laberweinting. Sie plant etwa neun Windkraftanlagen im Wald zwischen Neuhofen und Hadersbach, von denen sechs auf Geiselhöringer Stadtgebiet, zwei auf Laberweintinger Flur und eines im Bereich Mengkofen stehen würde. In Mallersdorf sind derzeit zwei Windparks geplant, wie Bürgermeister Christian Dobmeier sagt. Einer bei Schöfbach an der Gemeindegrenze zu Neufahrn, ein zweiter zwischen Oberellenbach und Neufahrn, Landkreis Landshut. Investor ist die Firma Juwi, ein Projektentwicklungsunternehmen für Anlagen zur Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen. Je Park seien fünf bis sechs Windräder möglich, wobei bei Oberellenbach die meisten der Windräder auf dem Gemeindegebiet von Neufahrn stehen.

Alle drei Bürgermeister bestätigen, dass bereits erste Bohrungen zur Standfestigkeit und Gutachten zur Windhöffigkeit von den potenziellen Investoren gemacht wurden. Regierungsdirektor Schmauß sagt, dass in den vergangenen Jahren die Technik bei Windrädern einen enormen Schub gemacht habe, sie viel leistungsfähiger und effizienter arbeiten als noch vor einigen Jahren. „Wenn wir die Energiewende wollen, und diesen Weg hat der Staat ja mit dem EEG gemacht, müssen wir uns auch zur Windkraft bekennen.“

Dass sich damit die vom Tertiären Hügelland geprägte Landschaft im Labertal verändern wird, liegt auf der Hand. Deshalb sehen sich alle drei Bürgermeister mit Sorgen aus der Bevölkerung konfrontiert. „Geplant sind Windräder, die 250 Meter hoch sind und einen Rotationsdurchmesser von 80 Metern haben“, sagt der Laberweintinger Bürgermeister Johann Grau. Widerstände gegen die Windräder gibt es in seiner Gemeinde vor allem in Neuhofen und Franken, denn in unmittelbarer Nähe zu den beiden kleinen Ortschaften sind gleich drei Windparks geplant.

Zwischenergebnisse seiner Arbeit hat Schmauß beispielsweise beim Gemeindetags-Kreisverband, einem Treffen mit allen Bürgermeistern des Landkreises und Landrat Josef Laumer, präsentiert. Im Zuge dessen sei auch zur Sprache gekommen, dass die drei Bürgermeister der Labertal-Gemeinden im Gegensatz zu den restlichen Landkreis-Gemeinden auf außergewöhnliche Weise vom Thema Windkraftanlagenbau betroffen sind und es wurde angefragt, ob man die Potenzialflächen noch genauer eingrenzen könne. Der Geiselhöringer Bürgermeister Herbert Lichtinger sagt, dass derzeit 20 Prozent des Stadtgebiets Potenzialflächen seien.

### *Mehr Planungssicherheit für Kommunen*

Schmauß will noch im ersten Halbjahr von 2025 sein Konzept zur Fortschreibung des Regionalplans vorstellen. Eine weitere Begrenzung der Flächen sei schwierig, weil sich die geeigneten Flächen auf wenige Gebiete im Landkreis konzentrieren. „Das Thema Windkraft ist umstritten. Es gibt keine konfliktfreien Räume“, sagt Schmauß.

Nach der Vorstellung seines ausgearbeiteten Konzepts liegt der Ball erst einmal beim Planungsausschuss. „Dieser trifft die politische Entscheidung, ob sie dem zustimmen.“ Dann geht der Plan in die Anhörung, ist auf der Webseite für jeden einsehbar und auch die Möglichkeit zum Widerspruch bestehe.

Die Fortschreibung des Regionalplans gebe den Kommunen mehr Planungssicherheit, beispielsweise im ausgewiesenen Vorranggebiet für Windkraft keine Baugebiete mehr auszuweisen. Derzeit haben die Gemeinden wenig Instrumente, um den Bau eines Windparks zu verhindern, denn Windräder gelten als privilegiertes Bauvorhaben im Außenbereich. Jürgen Schmauß: „Die Entscheidung, ob ein Windpark genehmigt wird oder nicht, treffen, je nach Größe, die Landratsämter oder die Regierung.“

# Neuhofen und Franken: Bürger befürchten Umzingelung

Laura Wagner-Hamoshi und Simon Berleb aus Franken, Gemeinde Neuhofen, vertreten mit Prof. Dr. Heinrich Böllinger die Bürgerinitiative „Energiewende ja – Umzingelung nein“ (kurz EjUn). „Wir sind weder gegen die Energiewende noch gegen Windkraft, aber die Belastung für die Ortschaften Neuhofen und Franken ist zu hoch“, betonen beide. Die kleinen Ortschaften gehören zur Gemeinde Laberweinting.

Von zwei Seiten ist Neuhofen von Waldstücken umgeben, die höher liegen als der Ort selbst. In beiden Wäldern sind jetzt Windräder geplant. Laut der Homepage der BI sechs in Richtung Mallersdorf, acht in Richtung Geiselhöring und fünf südlich von Neuhofen. Weil die Ortschaften Neuhofen und Franken an der Landkreisgrenze zu Dingolfing-Landau liegen, sind sie auch von Windrädern, die dort geplant werden, betroffen.

„Wenn man sich vorstellt, dass die Windräder 250 Meter hoch sind und noch dazu in Wäldern stehen, die die Ortschaften sowieso schon überragen, kann leicht das Gefühl der Umzingelung entstehen“, sagt Laura Wagner-Hamoshi.

Auf einer Karte im Internet, die die BI basierend auf Antragsplänen von den Gemeinden erstellt hat, sind die Windparks mit den einzelnen Windrädern zu sehen. Darauf zeigt sich, dass die Ortschaften Neuhofen und Franken zu rund 270 Grad von Windrädern eingekreist werden würden.

## *Das Thema Windkraft entzweit Ortschaften*

Wagner-Hamoshi und Berleb fordern, dass der Regionalplan so fortgeschrieben wird, dass es nicht zu einer Umzingelung kommt. Mit ihren Forderungen beziehen sie sich auf ein Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und des Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, das aus dem Jahr 2013 stammt. Darin schreiben die Ministerien: „Ob eine umzingelnde Wirkung vorliegt, ist von den örtlichen Gegebenheiten abhängig (z. B. Topographie, Entfernung der Anlagen oder Vorbelastung) und im Einzelfall zu ermitteln.“

Weiter werden in dem Schreiben Orientierungswerte für die Einzelfallprüfung, ob in einem Ortsteil eine umzingelnde Wirkung vorliege, aufgeführt. Als solche nennt das Schreiben unter anderem, ein Ortsteil „sollte insgesamt nur zu maximal 180 Grad (also etwa die Hälfte des Ortsumfangs) von Vorranggebieten und/oder Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung umfasst werden, um Bezüge zwischen einem Ortsteil und der freien Landschaft nicht zu versperren und freie Blicke in mehrere Himmelsrichtungen zu ermöglichen“.

Die BI hat nicht nur Informationsveranstaltungen und einen Waldspaziergang durchgeführt sowie mit einem Investor gesprochen, sondern auch das Gespräch mit allen beteiligten Kommunen und der Regierung gesucht. Auch wenn Verständnis geäußert wurde, bislang richtig helfen konnte keiner.

„Das Schlimme ist, dass sich auch die Ortschaften entzweien“, sagt Berleb. Von der ursprünglichen BI hätten sich Splittergruppen abgsondert, die ihren Unmut auf radikalere Weise äußerten. Immer wieder spreche er mit Menschen, die aus Frust über die geplanten Windparks nur noch über die Energiewende und die politisch Verantwortlichen schimpften. „Wir von der BI wollen weiterhin sachlich argumentieren“ bekräftigt er. – ale–